

# Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## **Beschlussprotokoll**

Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

37. Sitzung  
14. März 2019

Beginn: 13.00 Uhr  
Schluss: 15.35 Uhr  
Vorsitz: Frau Abg. Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) anwesend. Zu Punkt 2 der Tagesordnung ist für die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Herr Staatssekretär Matz (SenGPG) anwesend. Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) lässt sich aufgrund der zeitgleich stattfindenden Kultusministerkonferenz entschuldigen.
- Die Vorsitzende gestattet den Medienvertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 5 S. 2 in Verbindung mit § 6 der Anordnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 9. November 2011 (Hausordnung).

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### a) **Aktuelle Viertelstunde**

Im Vorfeld der Sitzung wurden folgende schriftliche Fragen eingereicht:

- „Der Tagesspiegel berichtete über eine Veranstaltung des ‚WiR e.V.‘ am Rummelsburger See. Thema war auch, warum in dem Gebiet keine neue Schule gebaut wird. Andreas Geisel, der als Berliner Innensenator eingeladen war, erklärte laut Tagesspiegel: ‚Wir wissen auch: 2028 wird es wieder weniger Kinder geben. Wir werden uns dann fragen, was wir mit den ganzen Schulen machen sollen.‘ Auf Rückfrage erklärte der Innensenator

über seinen Pressesprecher, er beziehe sich auf Informationen, die er als Senator für Stadtentwicklung erhielt. Laut Mitteilung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen gibt es lediglich Prognosezahlen bis zum Jahr 2030, eine neue Prognose werde derzeit bearbeitet. Sind der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die Prognosen, auf die sich der Innensenator bezieht, bekannt und kommt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zu derselben oder zu einer abweichenden Einschätzung wie der Innensenator?“

(AfD-Fraktion)

- „Warum tauchen in der Pressemitteilung vom 04.03.2019 der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die ‚Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen‘ und für die Gemeinschaftsschulen nicht auf und wie hoch waren dort die Anmeldezahlen?“  
(Fraktion Die Linke)

Mündlich werden folgende Fragen gestellt:

- „Was wird seitens des Senats zur Unterstützung der Bezirke getan, um die Wartezeiten der Zahlungen von Unterhaltsvorschüssen für Alleinerziehende kurzfristig zu reduzieren und die ca. 2.000 unbearbeiteten Fälle schneller zu bearbeiten?“  
(Fraktion der FDP)
- „Wie stellt der Senat sicher, dass es ein einheitliches Vorgehen an Berliner Schulen bei der Bewertung der Abwesenheit am Unterricht wegen Demonstrationsteilnahme gibt?“  
(Fraktion der CDU)

Nachdem Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) die Fragen beantwortet haben, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab.

**b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) berichtet über das zweite Kita-Spitzengespräch vom 25. Februar 2019. Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) berichtet über den Digitalpakt Schule und beantwortet in diesem Zusammenhang Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss schließt Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

## Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Fast ein Drittel aller Berliner Schulanfänger mit  
schweren gesundheitlichen und Entwicklungs-  
Defiziten – Welche Konsequenzen zieht der Senat  
aus den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchung  
2017?**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0223](#)  
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs.

Frau Abg. Bentele (CDU) begründet den Besprechungsbedarf.

Herr Staatssekretär Matz (SenGPG) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Es geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Prof. Dr. Reimund Geene, Professor für Gesundheitsförderung und Prävention an der Berlin School of Public Health, Charité – Universitätsmedizin Berlin,
- Herr Oliver Schworck, Bezirksstadtrat und Leiter der Abteilung Jugend, Umwelt, Gesundheit, Schule und Sport des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg, und Frau Dr. Sina Bärwolff, Amtsärztin und Leiterin des Gesundheitsamtes des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Staatssekretär Matz (SenGPG) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, diesen Punkt zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

## Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Ergebnisse der Evaluation des Landesprogramms  
„Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ und  
daraus erwachsende Handlungserfordernisse**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)

[0152](#)  
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 22.11.2018

Dem Ausschuss liegt das Wortprotokoll der Anhörung vom 22. November 2018 vor.

Der Besprechungsbedarf wurde bereits in der Sitzung vom 22. November 2018 von Frau Abg. Seidel (LINKE) begründet.

Im Anschluss an die Beratung in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Staatssekretär Rackles (SenBildJugFam) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, schließt der Ausschuss die Besprechung ab.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion  
Drucksache 18/1222

[0186](#)  
BildJugFam

**Folgeprojekt zum Gutachten „Die Unterstützung pädophiler bzw. päderastischer Interessen durch die Berliner Senatsverwaltung“: Vom Land Berlin unterstützten sexuellen Missbrauch endlich aufklären!**

Dem Ausschuss liegt zu diesem Punkt der Tagesordnung die Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie „Aufarbeitung - Berliner Jugendhilfe - Kentler Senatsverwaltung fördert weitere Forschung“ vom 14. März 2019 als Tischvorlage vor.

Herr Abg. Kerker (AfD) begründet den Antrag und beantragt, in dem Antrag das Berichtsdatum zu aktualisieren und durch das Datum des „31. Oktober 2019“ zu ersetzen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen.

Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 18/1222 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und FDP auch mit geändertem Berichtsdatum „31. Oktober 2019“ abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Die nächste (38.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 28. März 2019 um 13.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Emine Demirbüken-Wegner

Joschka Langenbrinck